



Interpellation

Interpellation Christine Bölsterli-Wickart und Veronica Hälg-Büchi: Ergänzende Massnahmen zur umweltgerechten Verwertung von Grüngut und Holzschnitt; schriftlich

Christine Bölsterli-Wickart und Veronica Hälg-Büchi sowie 33 Mitunterzeichnende reichten am 25. Februar 2003 die beiliegende Interpellation „Ergänzende Massnahmen zur umweltgerechten Verwertung von Grüngut und Holzschnitt“ ein.

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation wie folgt:

1 Ausgangslage

Die dezentrale stoffliche Verwertung von Grüngut ist ein wichtiger Pfeiler der städtischen Abfallentsorgung und steht konzeptionell im Einklang mit dem kantonalen Abfallbericht 2001. Grüngut aus Garten und Küche soll in erster Linie auf dem eigenen Grundstück oder im Quartier verwertet werden. Die Stadt hat ihr Engagement bei der Grüngutentsorgung entsprechend ausgerichtet. In der Stadt werden viele hundert Kleinkompostanlagen in Einfamilienhaussiedlungen betrieben. In Ergänzung dazu entstanden dezentral seit den achtziger Jahren rund 20 Quartier- und Siedlungskompostanlagen. Letztere werden von privaten Gruppen initiiert und bewirtschaftet. Bei diesen Plätzen arbeitet eine relativ kleine Gruppe für eine grössere Gemeinschaft. Aus diesem Grund werden die Quartierkompostanlagen von der Stadt durch eine professionelle Beratung, Leistungen an die Infrastruktur und spezielle Dienstleistungen (kostenloser Häckseldienst und Abnahmegarantie für überschüssigen Kompost) unterstützt. Die dezentrale Kompostierung ist gut eingespielt und bedarfskonform. Die Verwertungsmöglichkeiten für Grüngut in einer Stadt liegen gemäss Abklärungen der Stadt Zürich bei rund einem Drittel des anfallenden Kompostmaterials. Die heutige dezentrale Kompostierung in der Stadt St. Gallen vermag diese Bedürfnisse auf Stadtgebiet abzudecken.



2 Städtische Dienstleistungen bei der Grüngutentsorgung

Die Stadt bietet heute nebst aktiver Mithilfe bei der Kompostierung im Garten oder in Gemeinschaftsanlagen durch die Kompostberatung des städtischen Entsorgungsamtes (ESA) auch einen gebührenpflichtigen Häckseldienst an. Der Häckseldienst steht verteilt über mehrere Wochen im Frühjahr und im Herbst zur Verfügung. Die Leistungen umfassen das Häckseln vor Ort. Das Abführen von Häckselgut gehört nicht zum städtischen Angebot. Das Häckselgut soll primär vor Ort eingesetzt werden, kann aber selbstverständlich auch mit Kostenfolge durch Gärtner oder Gartenbauunternehmungen privat entsorgt werden. Die Gebühren für den Kundenhäckseldienst betragen Fr. 30.– für die ersten zehn Minuten und drei Franken für jede weitere Minute Häckselzeit. Die Tarifgestaltung soll bewirken, dass Häckselgut so bereitgestellt wird, dass ein möglichst rasches Verarbeiten erfolgen kann.

Der Häckseldienst wurde in den vergangenen zwei Jahren von durchschnittlich 146 Benutzenden pro Jahr in Anspruch genommen. Den Jahreskosten von durchschnittlich Fr. 27'800.– stehen Gebühreneinnahmen von Fr. 9'300.– gegenüber. Der durchschnittliche Aufwandüberschuss von Fr. 18'500.– pro Jahr wurde von der Stadt getragen. Der als "eher teuer" bezeichnete Häckseldienst ist also bei weitem nicht kostendeckend.

Neben der Nutzung des öffentlichen Häckseldienstes oder dem eigenständigen Häckseln können Grünabfälle auch auf der Deponie Tüfentobel angeliefert werden. Zusätzlich zu den üblichen Öffnungszeiten ist die Deponie zu diesem Zweck im Frühjahr und im Herbst an je zwei Samstagen geöffnet. Gartenabfälle können ausserdem gebündelt der Kehrriechtabfuhr mitgegeben werden. Das zulässige Gewicht pro Sperrgutmarke zum Verkaufspreis von Fr. 8.60 beträgt 30 kg. Solange der Bedarf an Komposterde in unserer Region gedeckt ist, stellt die thermische Verwertung eine sinnvolle Alternative dar.

Zur Zeit prüft die Stadt zusammen mit privaten Anbietern die Schaffung einer Sammelstelle zur kostenpflichtigen Abgabe verschiedener Abfallsortimente wie Sperrgut, Elektronikabfälle, Bauschutt, Schrott, usw. aus Haushaltungen. Auf dieser Sammelstelle sollen auch Grünabfälle aus Gärten abgegeben werden können.

3 Beurteilung einer Grüngutsammlung

Für die Finanzierung der Entsorgung fordert das Umweltschutzgesetz, dass die anfallenden Kosten mit Gebühren oder anderen Abgaben den Verursachern überbunden werden. Dem Verursacherprinzip entsprechend müsste eine Sammlung und Abfuhr von Grüngut mit verursacherorientierten Gebühren belastet werden. Bei kostendeckenden Gebühren würde eine Grünabfuhr allerdings kaum genutzt. Tiefe Gebührenansätze oder ein allfälliger Verzicht



auf eine Gebührenerhebung hätten im Gegenzug zur Folge, dass die anfallenden Kosten auf den Hauskehricht und damit die Gebührenkehrichtsäcke und die Containerleerungen überwältigt werden müssten und das bestehende dezentrale Verwertungssystem für Grünabfälle konkurrenziert würde.

Es ist davon auszugehen, dass die Verwertungsmengen bei der dezentralen Kompostierung geringer ausfallen als bei einer Grüngutsammlung. Eine flächendeckende Sammlung setzt deshalb eine weitergehende Verarbeitung und Verwertung des anfallenden Materials voraus. Insbesondere eine sinnvolle Verwertungsmöglichkeit ist im näheren Umfeld nicht gegeben, was eine separate Grüngutsammlung in Frage stellt. Da ein Überangebot an wieder einsetzbaren Wertstoffen anfallen würde, müsste man Grüngut bis zu seiner Verwendung über längere Distanzen transportieren, was ökologisch keinen Sinn macht.

Die Kosten einer flächendeckenden Grüngutabfuhr auf dem Gebiet der Stadt St.Gallen sind auf Fr. 40'000.– pro Abfuhr zu veranschlagen. Ein Grundangebot einer je zweimaligen Grüngutabfuhr im Frühjahr und im Herbst hätte damit ohne Einbezug weiterer Massnahmen zur Grüngutverwertung jährliche Aufwendungen von rund Fr. 160'000.– zur Folge. Bisherige Erfahrungen zeigen, dass ein deutlich negatives Kosten-/Nutzenverhältnis aus einer solchen Sammlung resultieren würde. 1985 führte die Stadt St.Gallen eine Separatsammlung für gebündelte Grünabfälle ein, die 1990 wieder eingestellt wurde, da sie zu wenig beansprucht wurde und insbesondere zu hohe Kosten verursachte.

Problematisch wäre ausserdem die Festlegung von Abfuhrterminen mit Publikation im Abfuhrkalender, da Grünabfälle aus Gärten weitgehend in Abhängigkeit von den Witterungsverhältnissen anfallen.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die Förderung der dezentralen Kompostierung in Quartierkompostanlagen und Gärten sinnvoll ist und die Einführung einer flächendeckenden Grüngutabfuhr aus ökonomischen und ökologischen Gründen nicht befürwortet werden kann. Bei punktuellen Problemen mit überschüssigem Material auf Quartierkompostanlagen bietet das ESA allerdings weiterhin auf unkomplizierte Weise gezielte Hilfe an.

Der Stadtpräsident:
Christen

Im Namen des Stadtrates
Der Stadtschreiber:
Linke

Beilage:
Interpellation Christine Bölsterli-Wickart und Veronica Hälg-Büchi vom 25. Februar 2003

